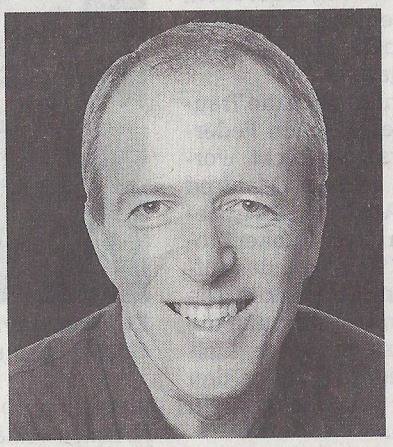
Piraten für fahrscheinlosen Nahverkehr

Kreisparteitag Potsdam-Mittelmark beschließt in Teltow sein Kommunalwahlprogramm 2014

TELTOW | Während es für andere Parteien nur ein Thema gibt – die in drei Wochen anstehende Bundestagswahl –, blickt der Piraten-Kreisverband Potsdam-Mittelmark in die entferntere Zukunft. Am Sonnabend hat der Kreisparteitag im Neuen Rathaus in Teltow als erster Kreisverband Brandenburgs das Programm zur Kommunalwahl 2014 auf den Gebieten Bildung, Energie, Kultur, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft beschlossen. Als roter Faden durchziehen „die Forderung nach mehr Transparenz des Staates und Ermöglichung von mehr Bürgerbeteiligung" das Wahlprogramm, sagte Andreas Schramm, Kreisvorsitzender der Piratenpartei, der MAZ.

Von 27 Anträgen wurden von der Versammlung 20 ganz und drei weitere teilweise angenommen. Zu den Kernforderungen der Piraten gehören „eine verbesserte Bildungsinfrastruktur, eine nachhaltige dezentralisierte Energieversorgung, die breite Förderung von Kunst und Kultur sowie die Erprobung eines fahrscheinlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehrs", so Schramm. Um mehr Mittelmärker zum Umstieg zu bewegen, wollen die Piraten auch draht- und kostenloses Internet in Bus und Bahn ermöglichen.

Sie bleiben im Kommunalwahlprogramm ihrem Image als Partei treu, die sich vehement für Transparenz von Verwaltungen einsetzt. Daten zum öffentlichen Haushalt, Gutachten zu Bauprojekten oder sogenannte Risikolandkarten sollen für jeden frei zugänglich gemacht werden. Zudem fordern die Piraten für Bürger „einen umfassenden Anspruch" auf Rederecht in Ausschusssitzungen des Kreistages Potsdam-Mittelmark. Umfassende Bürgerentscheide und Onlinepetitionen sollen ebenfalls ermöglicht werden.



Andreas Schramm FOTO: PRIVAT

Zwar bleibt der Großflughafen BER in Berlin-Schönefeld noch Jahre eine Baustelle. Doch mit Inbetriebnahme müsse der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm „oberste Priorität" und vor wirtschaftlichen Interessen Vorrang haben, so Schramm. Gestern setzten die Piraten ihren Parteitag mit Diskussionen zu den Themen Heimerziehung und bedingungsloses Grundeinkommen fort. Zum Abschluss haben die Piraten eine Erklärung angenommen, in der sich der Kreisverband gegen eine militärische Intervention gegen Syrien ausspricht. Sie folgten damit dem Bundesvorstand. *RN*